



Überblick über das Verfahren

des Bürgerbegehrens mit nachfolgendem Bürgerentscheid

Demokratie lebt von Beteiligung, die eine freiwillige und unentgeltliche Teilhabe von Bürger*innen an der politischen Willensbildung und an Entscheidungsprozessen ermöglicht. Dies eröffnet ihnen die Option, direkt Einfluss auf Sachentscheidungen zu nehmen. Deswegen setzt sich das braunschweiger forum seit jeher dafür ein, Partizipation und Transparenz zu stärken. Eines der wichtigsten Instrumente demokratischer Beteiligung stellen Bürgerbegehren und Bürgerentscheide dar.

mune ähnlich einer Wahl durchgeführt. Damit der Schritt von der ersten Stufe (Bürgerbegehren) zur zweiten Stufe (Bürgerentscheid) erfolgen kann, muss eine zwingende Voraussetzung erfüllt werden:

→ Es muss eine feststellende Entscheidung des Rates vorliegen, dass das Bürgerbegehren zulässig ist.

→ Sofern die Initiator*innen diese feststellende Entscheidung des Rates nicht erreichen, kann der Bürgerentscheid nicht durchgeführt werden. (www.juracademy.de/kommunalrecht)

Erneute Verschärfung im Braunschweiger Norden



Holt Eckert & Ziegler weitere 8.500 Atommüllfässer nach Thune?

Im Ortsteil Braunschweig-Thune hantiert die Firma Eckert & Ziegler in unmittelbarer Nähe zu Wohnhäusern, Schulen und Kitas mit radioaktiven Materialien. Dagegen engagiert sich seit Jahren die Bürgerinitiative Strahlenschutz e.V. (BISS). Eckert & Ziegler ist allerdings auch in der Ortschaft Leese (südlich von Nienburg an der Weser) tätig. Dort betreibt die Firma ein Zwischenlager für radioaktive Abfälle.

Weil der dortige Pachtvertrag gekündigt ist, müssen die Fässer dort in absehbarer Zeit weg. Die Räumung in Leese muss bis 2028 erfolgen. Dort gehören Eckert & Ziegler 8.500 Atommüllfässer. Es besteht die Gefahr, dass diese Fässer nach Thune kommen.

Dies hat auch eine aktuelle Nachfrage der BISS beim niedersächsischen

Umweltministerium bestätigt. Die BISS hat auch den Braunschweiger Oberbürgermeister bereits auf dieses drängende Problem hingewiesen, es scheint sich allerdings niemand darum zu kümmern.

Dabei ist bereits die derzeitige Belastung viel zu hoch!

Ein Gutachten der Stadt Braunschweig hat bestätigt, dass das radiologische

Risiko für die Anwohnerschaft im Braunschweiger Norden höher ist als neben einem Atomkraftwerk.

Die BISS sorgt sich um das hohe Gefahrenpotenzial am Standort von Eckert & Ziegler in Braunschweig und will daher verhindern, dass weitere Fakten geschaffen werden und noch mehr radioaktives Material nach Braunschweig-Thune kommt.

DIESE BÄUME SOLLEN BLEIBEN!



GLIESMARODE/ GRÜNEWALDSTRASSE

PRÜFUNG DER NULL-LÖSUNG

- ERHALT DER SCHRANKEN
- VERKÜRZTE WARTENZEITEN durch
- MODERNE SIGNALTECHNIK

SIE ERSPART UNS:

- 4 JAHRE SPERRUNG DES BAHNÜBERGANGS
- DIE GEFÄHRDUNG DER BÄUME
- SEHR VIEL GELD

Diese geben die Verantwortung für politisch strittige Sachfragen direkt an die Menschen. Sie erhöhen somit die Akzeptanz von Entscheidungen und delegieren die Verantwortung an die direkt Betroffenen. Dabei handelt es sich um ein zweistufiges Verfahren: → Die erste Stufe ist das Bürgerbegehren. Das Bürgerbegehren ist ein Antrag der Bürger*innen an den Rat, dass an ihrer Stelle die Bürger*innen über eine Angelegenheit der Gemeinde (Sachfrage) entscheiden. Es müssen sich 3 Initiator*innen finden, die dies beim Oberbürgermeister beantragen. Das Bürgerbegehren mündet in einer breit angelegten Fragebogenaktion, die die Antragssteller*innen unter Berücksichtigung bestimmter Kriterien und Fristen vornehmen müssen.

→ Die zweite Stufe ist der Bürgerentscheid. Der Bürgerentscheid ist die eigentliche Abstimmung über diese Sachfrage und wird von der Kom-

nrw/buergerbegehren-buergerentscheid.html)

Das Gesamtverfahren eines Bürgerbegehrens bis hin zu einem positiven Bürgerentscheid ist höchst komplex. Unter dem Link: www.mehr-demokratie.de sind die notwendigen Informationen für Niedersachsen dokumentiert. Eines sei bereits jetzt gesagt: Obwohl der Gesetzgeber das Verfahren entschlackt hat und die Hürden nicht mehr so hoch sein sollten, dass dies zu einem positiven Ende im Sinne der Initiator*innen entschieden wird, ist dies aufgrund unserer eigenen Erfahrung erfolgsversprechend und unglaublich aufwendig. Es bedarf zusätzlich sehr viel Geduld, da sehr zeitaufwendig! Selbst befinden wir uns derzeit noch in Phase 1 und haben durch den Verwaltungsausschuss der Stadt Braunschweig nicht das Okay für unser Bürgerbegehren erhalten. Auch unsere

Weiter auf Seite 4

Diskriminierung

Was wurde aus dem Fall rassistisch motivierter Diskriminierung in der Stadtverwaltung?

„In unserer Stadt darf kein Platz sein für Ausgrenzung und Verachtung, für Rassismus und Ausländerfeindlichkeit“, wurde Oberbürgermeister Dr. Thorsten Kornblum (SPD) aus seiner Rede anlässlich der Gedenkfeier zu den Progromen 1938 am 9. November 2022 in der Braunschweiger Zeitung zitiert. Ein Leserbrief-Schreiber nahm ihn einen Tag später dazu beim Wort: „Ich wünsche mir, dass diesen hehren Worten endlich Taten folgen und der Fall rassistischer Äußerungen eines Mitarbeiters der Stadt disziplinarrechtlich geahndet wird.“

Es ging dabei um die verbale Aggression im August 2019 des damals stellvertretenden Leiters im Fachbereich Schule gegenüber Kolleginnen einer Mitarbeiterin, man müsse diese kopfüber über dem Bohlweg aufhängen und steinigen. Er entschied, das sei gemäß ihrer Herkunft erlaubt.

Der geständige Täter entging zwar einer öffentlichen Verhandlung in Strafsachen durch die Zahlung einer Geldauflage i. H. v. 750 € an die Landeskasse zwecks Verfahrenseinstellung. Anstatt aber das notwendige Disziplinarverfahren gegen den Täter durchzuführen, tat sich jahrelang dienstrechtlich erst einmal nichts. Als einzige Ratsfraktion bemühte sich die BISS mit mehreren Anfragen

um Aufklärung. Doch anstelle einer wahrheitsgemäßen und vollständigen Beantwortung der gestellten Fragen reagierte die Stadtverwaltung mit der Einleitung von Bußgeldverfahren gegen die BISS-Ratsleute wegen einer angeblichen Weitergabe vertraulicher Daten – mit Zustimmung fast aller anderen Ratsfraktionen.

Zwei der Ratsleute legten gegen den Bußgeldbescheid i. H. v. 200,- € Einspruch ein. Beide Verfahren endeten im Herbst 2023 am Amtsgericht Braunschweig mit einem Fiasko für die Stadtverwaltung, nämlich der Einstellung gemäß § 47 Abs. 2 OWiG wegen fehlender Konkretisierung der vorgeworfenen Handlung. Eine von der BISS geforderte Entschuldigung seitens der Stadtverwaltung steht bis heute aus. Das Disziplinarverfahren gegen den Täter wurde mittlerweile mit der Zahlung einer Geldbuße in Höhe von nicht einmal 300 € beendet.

Schaden für die Diskriminierte hundertmal höher als die Disziplinarstrafe für den Diskriminierer

Nicht so fürsorglich fühlt sich die von der Diskriminierung betroffene Soziologin seitens der Stadtverwaltung behandelt, die – neben der persönliche Entwürdigung – einen zusätzlichen beruflichen und materiellen Schaden von 30 000 € vorrechnet.

Fazit: Eine sachlich und fachlich korrekte Aufarbeitung des zugrundeliegenden Diskriminierungsfalles innerhalb der Stadtverwaltung ist nach wie vor nicht erfolgt. Rückendeckung bekam die Diskriminierte durch den Braunschweiger Arbeitskreis Antidiskriminierung, der auf gewerkschaftlicher Basis für mehr Schutz vor Diskriminierung eintritt, dazu die dienst- und arbeitsrechtlichen Lücken aufarbeitet und über das Thema eine Veranstaltung vorbereitet. A.K.

Infoveranstaltung
13. Mai 19:30
DGH Thune
 Thunstraße 8a, 38110 Braunschweig





Umbruchstimmung in Thune

Vor 13 Jahren scheute man in Thune noch die Öffentlichkeit. Die Fassade war eher unverdächtig, nichts staubte oder lärmte.

Dann tauchte plötzlich ein großes ASSE-A vor den Briefkästen am Eingang auf
Erst eine Mitteilung vom 24.5.2011 im Verwaltungsausschuss (grundsätzlich nicht-öffentlich) veranlasste die

Nachbarschaft, mal hinter die Kulissen zu schauen: Geplante Betriebsverweiterung wegen **ASSE-Lauge**.

Dann ging es Schlag auf Schlag

- Bis September 2011 fanden drei Infoveranstaltungen statt - die Bürgerinitiative Strahlenschutz gründete sich
- die Nuklearfirma Eckert & Ziegler

hatte eine Tochter-GmbH mit dem Namen *Kompetenzzentrum Sichere Entsorgung* (KSE) gegründet

• bei einer Akteneinsicht beim Staatl. Gewerbeaufsichtsamt (GAA) erfuhr die BIBS, dass eine Moskauer SUB-Firma namens „Allianz-Gamma“ bereits am 18. Juli 2011 mitsamt Gerätschaften und Personal nach Thune angereist war, um probeweise die ASSE-Lauge für die KSE zu konditionieren.

• nach Veröffentlichung der Russland-Hilfsdienste durchkreuzte die Aufsichtsbehörde diese Entsorgungspläne für die ASSE-Lauge.

• 2013 war dann Schluss mit dem Kompetenzzentrum, die KSE GmbH wurde aufgelöst. Die TAZ schrieb dazu am 29.12.2013: „die anhaltenden Proteste von Umweltschützern und Anwohnern dürften zu der Entscheidung von Eckert & Ziegler geführt haben.“ und „auf kritische Medienberichte reagiert das Ma-

agement zunehmend gereizt. Zuletzt ging es mit rechtlichen Mitteln gegen den NDR vor, weil der Sender in einer Reportage Details nicht exakt wiedergegeben haben soll.“

• im März 2024 teilte das Unternehmen GE Healthcare dem Bezirks-

rat mit, den Standort Thune zum 31.12.2024 zu verlassen.

• aber damit ist das Problem mit den Nuklear-Ambitionen nicht gelöst. Eckert & Ziegler könnte sogar weiteren Atom Müll nach Braunschweig schaffen. P.R.



2011



2024

Sommer- und Kulturfest am 24.8.2024 in der Schuntersiedlung

Der Tostmannplatz mitten im Herzen der Braunschweiger Schuntersiedlung ist längst mehr als nur ein Geheimtipp für ein Beispiel des dörflichen Charakters unseres Viertels. Vieles hier erinnert an eine Zeit, als der Nachbar noch den Nachbarn kannte und sich kümmerte und man gemeinsam die Höhepunkte des Jahres feierte.

rüber hinaus für ein tolerantes buntes Miteinander aller Menschen und Kulturen und beziehen klar Stellung gegen jede Art von Rassismus und Diskriminierung.

Die Gruppen sind ein Zusammenschluss von Bürger*innen aus der Nachbarschaft, die sich für ihren Stadtteil einsetzen und durch verschiedene

Aktivitäten versuchen, Problemen im Stadtteil konstruktiv entgegenzutreten und den Zusammenhalt zu stärken.

Es sind überwiegend „Schunteraner“, wie man sich hier liebevoll selbst nennt, die Bemerkenswertes leisten und versuchen alle anderen immer wieder mitzureißen und zu begeistern. „Es sind Begegnungen mit Menschen, die das Leben lebenswert machen“ (Guy de Maupassant).

Das Sommer- und Kulturfest auf dem Tostmannplatz ist immer wieder ein Höhepunkt eines Jahres. Das haben mittlerweile auch Bürger*innen anderer Stadtteile festgestellt, die gern zu Besuch in die Schuntersiedlung kommen, um dann gelebte Vielfalt zu erleben.

Was begeistert die Besucher*innen Jahr für Jahr am Sommerfest auf dem ansonsten gern auch mal beschaulichen Tostmannplatz? Jung und Alt freuen sich auf das vielfältige Musikangebot; die eingeladenen Bands bringen das Flair der weiten Welt auf diesen kleinen Platz im Norden Braunschweigs.

Und natürlich laden diverse Infostände zu regen Diskussionen ein.



Unser Sommerfest hat sich auch als Möglichkeit des Kennenlernens bewährt.

Der Rahmen dafür ist ein vielfältiges kulinarisches Angebot, welches ebenfalls auf weiteren Initiativen basiert. Natürlich nicht zu vergessen die sommerlichen Kaltgetränke für jeden Durst.

Last but not least: Ganz besonders wird bei dem Sommerfest des Arbeitskreises Schuntersiedlung und der Initiative ART auch an die Kinder gedacht. Für sie werden wieder eine Vielzahl bunter Spiele und Aktionen auf die Beine gestellt, damit es erneut eine Veranstaltung der Geselligkeit und des Miteinanders werden kann.

Eines kann man ganz sicher sagen: Die immer noch bestehende Attraktivität der Schuntersiedlung hat sehr viel mit den engagierten Menschen zu tun, die hier leben und die hier so nah an der Natur eine bunte Gemeinschaft aufgebaut haben.

Das Sommerfest ist ein Aushängeschild dieser Initiativen.

Es ist natürlich klar, dass wir auch einen politischen Anspruch haben:

„Rechtes Gedankengut“ hat bei uns nichts zu suchen.

Alle anderen Menschen sind herzlich willkommen.

V.f.d.I.: Wolfgang B., Sylvia W., Susanne G., Sabine B., Jörg F.

Viel ist heute die Rede von Toleranz, Vielfalt und einem bunten Miteinander.

Theoretisch klingt das alles gut, praktisch muss es sich immer wieder neu beweisen und hier kann die Schuntersiedlung durchaus ein Vorzeigeort in der Region sein.



Aber auch das kommt nicht von ungefähr, dafür ist das Engagement von Anwohner*innen verantwortlich, die sich schon vor Jahren zusammenschlossen haben um Gemeinsamkeit und nette Atmosphäre zu schaffen.

Der Arbeitskreis Schuntersiedlung und die Initiative ART (Aktiv für Respekt und Toleranz) engagieren sich im Stadtteil Schuntersiedlung und da-



Parteien die Leviten gelesen

Strassenausbaubeiträge gekippt?



Tatjana Jenzen

Sensationelle Infoveranstaltung heute Abend mit „Full Kirche“ zur Abschaffung der Strassenausbaubeiträge.

Ein großes Dankeschön an Pastor Gerloff und den Kirchenvorstand, die ermöglicht haben, dass wir auf Grund der großen Teilnehmerzahl die Veranstaltung in die Kirche verlegen konnten.

Fast alle Parteien waren vertreten und haben sich den Fragen gestellt. Sehr viele Bürger aus anderen Stadtteilen waren ebenfalls anwesend, um sich zu informieren. Denn auch in Wenden, Stöckheim und am Büldenweg werden momentan Anwohner von der Stadt geschöpft.

Bemerkenswert war, dass die Politik sich nur über die Finanzierung unklar war.

Ich empfehle dazu einfach mal in den 52% der Kommunen in Niedersachsen anzurufen und nachzufragen, wie die das hinbekommen haben.

Das Argument der SPD und der Grünen, Mieter nicht durch Erhöhung der Grundsteuer mitzubelasten, ist

für mich völlig unverständlich. Auch Mieter nutzen die Straßen, Fußwege und Fahrradwege.

Zur Finanzierung von 2,5 Mio. € – da war doch was?

Als eine Betriebsprüfung der Gutachterfirma amd/sigma 2018 ergab, dass ca. 4,5 Mio. € beim Flughafen Waggum eingespart werden könnten, wenn auf die weltweite

Listung als „International Airport“ verzichtet würde, sollte das nicht öffentlich werden und die SPD/Grüne Rats-Mehrheit verhinderte sogar am 18.12.2018 die ratsinterne Veröffentlichung des Gutachtens an alle Ratsmitglieder.

Wir von der Initiative gegen Strassenausbaubeiträge werden auf jeden Fall weiter um dieses Recht kämpfen.

Gerne könnt Ihr Euch anschließen und weitere Infos per Mail über:

Gegen-Strassenausbaubeitraege@waggum.de Tatjana Jenzen/red.



Stammtisch in der Nordstadt

Aufgrund der guten Resonanz bieten wir auch weiterhin den „Offenen BIBS-Bürgerstammtisch für Schunteraue und Nordstadt“ im Heinrich-Jasper-Haus am Tostmannplatz an – sich informieren, austauschen, große oder kleine Sorgen ansprechen. Ideen, Kritik und Anregungen können hier besprochen werden.

Termine sind (in der Regel) jeden 1. Dienstag im Monat von 18 bis 20 Uhr.

Nächste Termine: 07.05., 04.06., 06.08., 03.09.

Sabine Bartsch, Stellvertretende Bezirksbürgermeisterin sowie Jörg Fischer und Christian Plock, Mitglieder im Stadtbezirksrat Nordstadt/Schunteraue.



Die Demokratie schützen - Drohung mit Atomwaffen stoppen

Im Juli wird der alljährliche Tag der Mayors of Peace begangen. Seit Hiroshima sehen sich die Bürgermeister für den Frieden den weltweiten Forderungen von ICAN (International Campaign to Abolish Nuclear Weapons) verpflichtet:

- Verzicht auf Atomwaffen!
- Keine Weiterverbreitung von Atomwaffen!
- keine Drohung mit Atomwaffen zur Durchsetzung politischer Forderungen!

Lange sah es so aus, als schritte die Weltgemeinschaft darin voran, vor allem nach Auflösung des Warschauer Paktes und freiwilliger Abgabe ihrer Atomwaffen durch die Ukraine, Kasachstan sowie Weißrussland.

Wäre damit heute noch zu rechnen?

Ganz im Gegenteil – genau das Gegenteil passiert:

Drohung mit und Weiterverbreitung von Atomwaffen

Ausgerechnet auf das Land, welches der ICAN-Forderung nachkam und die Atomwaffen 1994 abgegeben hat? Und die Friedensformeln von ICAN einst tauchen nicht mal mehr auf?

Das darf nicht sein!

Zwei Jahre nach dem russischen Überfall auf die Ukraine, erinnerten Redner am 24.02.24 vor dem Rathaus:

„Dieser Krieg könnte morgen vorbei sein, wenn der Aggressor heute seine Truppen zurückzieht.“

Seit Beginn der Invasion waren lediglich 3% militärische Ziele, dagegen 97% zivile Ziele wie Wohnhäuser, Schulen, Wasser- und Stromversorgung „Es geht nur um Zerstörung“,



„Schoduvel“
Güldenstraße,
11. Februar 2024

so Robert Glogowski, Ratsherr, und er appelliert: „Gemeinsame Zukunft ist Europa!“

Auf den Punkt brachte es Sebastian Wertmüller (verdi):

„Die Ukrainer wussten schon länger als viele vor uns, wie bedrohlich die russische Diktatur und der russische Imperialismus für seine Nachbarn ist. Während in Deutschland mit billigem Öl und Gas aus Russland die Wirtschaft brummt, hat sich die Ukraine auf einen erneuten Überfall vorbereitet und konnte sich deshalb auch zur Wehr setzen.“

Meinen Glückwunsch zu dieser Weitsicht. Sie hat damit dem Land, Eurem Land das Überleben gesichert. Ich selber bin ein Kind der Friedensbewegung ich mag Waffen, ich mag Rüstungsexport und Militär nicht sonderlich.

Aber ich kenne auch die deutsche Geschichte: Der Nationalsozialismus wurde nicht in Verhandlungen besiegt, sondern militärisch. Ohne die Gegenwehr der ukrainischen Armee und ohne Waffen aus dem Westen wäre das Land schon lange tot und Butscha überall.“

P.R.



Überfällige Korrektur einer schändlichen Ehrung von Nazi-Apologetinnen im BS-Straßenbild

Transparenz der Braunschweiger NS-Vergangenheit: Stadtbezirksrat beschließt Erläuterung der Straßennamen Agnes Miegel und Ina Seidel

Um das Thema ‚Umgang mit Braunschweigs NS-Vergangenheit‘ - auch vor dem Hintergrund erstarkender rechtsextremer Tendenzen in der Gesellschaft - stärker in das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu rücken, sollen den Straßenschildern der ‚Agnes-Miegel-Straße‘ und der ‚Ina-Seidel-Straße‘ zukünftig ergänzende Informationen in Form von Zusatzschildern zur Rolle der beiden Schriftstellerinnen im Nationalsozialismus beigefügt werden.

Der entsprechende Antrag der Gruppe BIBS/Die Linke, Helmut Rösner und Rainer Nagel, wurde im Stadtbezirksrat Braunschweig-Südeinstimmig angenommen. Agnes Miegel und Ina Seidel standen in enger Verbindung zum Nationalsozialismus. Sie gehörten zu einer Gruppe von Autorinnen, die 1933 Adolf Hitler ein „Gelöbnis in treuester Gefolgschaft“

unterschrieben. 1939 schrieb Ina Seidel unter der Rubrik „Deutsche huldigen dem Führer“, vom „...Werk des einen Auserwählten der Generation – im Werk Adolf Hitlers“.

Agnes Miegel unterstrich in ihrem Gedicht „An den Führer“ von 1938 „...lass deine Hand, Führer, uns vor aller Welt bekennen...“ ihre Verehrung für das NS-Regime.

Die Straßennamen der beiden Autorinnen existieren in Braunschweig seit den 1960er Jahren, als sie mit der Entstehung des Stöckheimer Baugebietes vergeben wurden.

Straßennamen sollen historische vorbildliche Persönlichkeiten würdigen. Beide Schriftstellerinnen erfüllen ungeachtet ihrer literarischen Leistungen mit ihrem Bekenntnis zum Nationalsozialismus und der Verehrung Adolf Hitlers diese Voraussetzung nicht.

2013 war ein Antrag auf Umbenennung der Agnes-Miegel-Straße im damaligen Bezirksrat Stöckheim-Leiferde gescheitert.

„Umso erfreulicher, dass es diesmal



Eine Schulklasse der IGS-Weststadt hatte schon 2011 recherchiert - berichtet worden war darüber in der BIBS-Zeitung Nr. 4/2011

gelingen ist, den Beschluss zu fassen, Informationstafeln sowohl an der Agnes-Miegel-Str. wie an der Ina-Seidel-Str. anzubringen“, so Helmut Rösner.

Helmut Rösner, Mitglied im Stadtbezirksrat Braunschweig-Süd

Unterschiedliche Auffassung zu Demokratie und Frieden

Zur Frage, wie der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine beendet werden kann, und welchen Beitrag wir dazu leisten können, gibt es in der BIBS – wie in der Gesellschaft – unterschiedliche Auffassungen, die wir hier seitens der Redaktion verkürzt nebeneinander stellen.

Frieden schließt man mit Feinden, nicht mit Freunden

Aus einem Krieg auszusteigen, ein Ende des Tötens zu finden, ist die Aufgabe der Politik und steht in ihrer Verantwortung. Aber mit immer mehr Waffenlieferungen gießt die Bundesregierung Öl ins Feuer, statt die globalen Konflikte mit friedlichen, diplomatischen Mitteln zu lösen.

Wir fordern: Frieden für die Ukraine! Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine ist völkerrechtswidrig und durch nichts zurechtfertigen.

Aber er muss beendet werden! Tod und Zerstörung sind nicht hinzunehmen. Militärische Offensiven haben den Krieg nicht beendet, auch Waffenlieferungen und Sanktionen gegen Russland haben zu keinem Ende des



Krieges geführt. Vielfache Bemühungen um einen Waffenstillstand sind abgelehnt worden. Wir müssen umdenken! Das Denken in Kategorien „Sieg und Niederlage“ ist der Treibstoff für die Kriege. Es ist eine gefährliche Illusion zu meinen, eine Atommacht wie Russland könne von der Ukraine militärisch besiegt werden. Dieses Denken – Alles oder Nichts – muss bei diesem Konflikt zu Gunsten eines sofortigen Waffenstillstands und zugunsten von Sicherheitsgarantien für die gesamte Region aufgegeben werden, um Zerstörung und Sterben zu stoppen!

Ein nachhaltiger Frieden kann nur in Verhandlungen nach einem Waffenstillstand erreicht werden, mit der Anerkennung der staatlichen Souveränität der Ukraine. Es ist Zeit über Frieden zu reden: - Über Wege zu einem Waffenstillstand - Über Wege zu Friedensverhandlungen - Über Abrüstung statt Aufrüstung. Diese Gedanken und Forderungen standen im Mittelpunkt des diesjährigen Ostermarsches in Braunschweig „Verhandlungen sind nie eine Kapitulation. Es ist der Mut, das Land nicht in den Selbstmord zu treiben.“ (Papst Benedikt) - Siehe auch: <https://www.friedenszentrum.info/index.php/archiverte-artikel/2024/1013-bericht-vom-braunschweiger-ostermarsch-2024>

Letzte Generation kandidiert: Klimaprotest in die EU wählen!

Die schnellste Hürdenläuferin scheint derzeit die Letzte Generation zu sein.

Erst vor kurzem entstand die Idee, an den diesjährigen EU-Wahlen teilzunehmen. Kurz darauf erfolgte der Startschuss mit der Gründung einer Sonstigen Politischen Vereinigung, der Antritt war explosiver als erwartet: innerhalb weniger Stunden stand die Anstoßfinanzierung, innerhalb weniger Tage fanden sich über 100 Helfer:innen zusammen. Diese brauchte es, um die erste Hürde zu nehmen: 4500 Unterschriften, um zur Wahl zugelassen zu werden.

Ca. 9000 sind es am Ende geworden. Am Karfreitag wurde mit der Zulassung zur Wahl die nächste große Hürde genommen. Damit hat sie geschafft, was ihr nicht zugetraut wurde: die Letzte Generation ist wählbar für das EU-Parlament.

Aber wozu eigentlich? Gibt's da nicht schon grüne Parteien?

Grün anstreichen mag derzeit im Trend liegen, aber selten wird ausge-



„Lina Johnsen und Theodor Schnarr kandidieren für die Letzte Generation (Foto: watson / Josephine Andreoli)“

sprochen, wie tiefgreifend der notwendige Wandel eigentlich wirklich ist. Dass grünes Wachstum nicht funktionieren kann, dass es eine stärkere Besteuerung der Reichsten geben muss, ein Ende des Überflusses auf Kosten anderer – dieser Elefant im Raum wird konsequent ausgeblendet. Das will die Letzte Generation ändern. Indem sie ihren Protest erweitert und ihn direkt ins Parlament bringt.

Sperrgebietsverordnung kassiert

Die Auseinandersetzung um das „Entertainment-Center“ an der Berliner Str. geht weiter - dort soll ein Bordell entstehen.

Die Stadt hatte bereits seit 20 Jahren einen neuen Bebauungsplan verschleppt und stattdessen seit 10 Jahren die Weichen für die Ansiedlung von Prostitutionsgewerbe gestellt. Anwohnerschaft aus dem Baumschulenweg stellt den OB Kornblum vor der Ratssitzung im Februar 24 zur Rede

- Bau-Dezernent legte fest: der B-Plan wird nicht mehr verfolgt
 - Wirtschafts-Dezernent riet zur Wirtschaftsförderung für den Bordell-Unternehmer
 - Finanz/Liegenschafts Dezernat stellte fehlende Einstellplätze auf städtischen Flächen zur Verfügung.
- Überraschend kam Anfang April die Nachricht, dass das Grundstück mit dem geplanten Bordell zum Kauf angeboten wird.

Wie und warum ich Mitglied des Bürgerbegehrens Grünwaldstraße wurde

Empörung natürlich zuerst in der Sache. Wie konnte jemand auf die verrückte Idee kommen, zwischen Grünwaldstraße und Nußberg einen Betontunnel in die Erde graben zu wollen?! „Passt irgendwie in die Landschaft,“ witzelte am Anfang irgendwer. Der ganze Nußberg sei ja auch untertunnelt. Aber witzig war es schon bald nicht mehr. Ich bin in der Grünwaldstraße aufgewachsen. Als Kinder spielten wir in dem als sehr abenteuerlich empfundenen Ambiente im Nussberg und auf dem Franzschen Feld, beide damals noch wenig für den Publikumsverkehr erschlossen. Wir wussten von den unterirdischen Gängen, um die sich so manche Geschichte rankte und vor deren Betreten unsere Eltern uns noch (erfolglos) warnen mussten, weil nicht alles zugemauert und eingezäunt, aber alles einsturzgefährdet war. Wenn die Schranken weit hörbar heruntergingen, liefen wir hin, um Züge anzusehen und Waggonen zu zählen. Meine lange verstorbene Mutter hat Jahrzehnte ihres Lebens mit der Grünwaldstraße und dem Nußberg verbracht und die wunderschöne Landschaft bei vielen Spaziergängen genossen. Für sie wäre es tragisch gewesen, wenn man „ihre“ Landschaft zerstört hätte. Irgendwie fühle ich mich ihr verpflichtet. Ich weiß vom Erzählen, dass es viele gibt, die Ähnliches fühlen. Ich weiß auch, dass viele das nicht gern in einem Zusammenhang wie diesem sagen wollen, aus der Erfahrung, das „so etwas“ gern als romantisierend, unsäglich und strukturkonservativ angesehen wird. Ich finde hingegen, dass solche Empfindungen durchaus ein Argument ausmachen können. Darin unterscheide ich mich auch von der Grünsprecherin im AMTA, die gleich mal alle auf der Zuschauertribüne, die sich gegen den Tunnel aussprachen, als nicht zukunftsfähig bezeichnet hat. Das ist zwar ein gern genutztes Bonmot, um politischen Gegnern die Kompetenz abzusprechen. Diesen Tenor aber an die voll besetzte Zuschauertribüne zu richten, war dreist. Schon weil der Impetus, es ginge um so etwas wie Alt gegen Jung, Bewahrer gegen Innova-

toren, den Grünen normalerweise we-wensfremd ist. Ich weiß, wovon ich spreche, ich bin selber lange Jahre Mitglied der Partei. Aber abgesehen von dieser bedauerlichen Entgleisung hätte ich doch in der sich anbahnenden Auseinandersetzung um das Stück Natur in der Grünwaldstraße eigentlich erwartet, dass gerade die Grünen sehr schnell gemerkt hätten, dass das einfache Abkupfern einer Stellungnahme des ADFC-Vorstands „Veloroute Grünwaldstraße“ in dieser Sache noch keine Politik ist. Eigentlich musste allein das drohende Fällen von über 30 alten Bäumen irgendwie das grüne Gewissen berühren und natürlich war klar, dass das zumindest die Naturschutzverbände komplett auf den Plan rufen würde. Dort war die Erwartungshaltung gegenüber grünen Kommunalpolitiker*innen besonders groß: alle an einen Tisch holen und gemeinsam nach einer Kompromisslösung suchen. Den Kompromiss hatten wir, die sich später im Unterstützerkreis für das Bürgerbegehren zusammen getan haben, ohne Grüne jedenfalls schnell gefunden. Niemand von uns hat etwas gegen Fahrräder, gegen Fahrrad fahren und auch ein Konzept von Velorouten findet in unseren Kreisen breite Unterstützung. Aber wo wir darauf gesetzt hatten, dass die Grünen mit uns gemeinsam eine Lösung finden würden, haben sie sie nicht einmal gesucht. Es gibt ja nicht nur die Möglichkeit, eine Veloroute in Ost-West-Richtung durch die Grünwaldstraße zu holzen. Etliche Parallelstraßen würden sich da viel eher anbieten, die man in einem der Öffentlichkeit zugänglichen Diskurs hätte erörtern können: Ebertallee, Gliesmaroder Straße, Hans-Sommer-Straße. Dort sei der Widerstand zu groß, hat ein Vorstandsmitglied des ADFC mir vorgetragen. Was meinte, im Östlichen Ringgebiet sei mit weniger Widerstand zu rechnen. Wenn sich der Herr Vorstand dabei man nicht verrechnet hat. Neben den Romantikern haben sich inzwischen Naturschützer ganz unterschiedlicher Couleur, Wissenschaftler aus den Fachbereichen Architektur und Biologie der TU, Stadtplaner, diverse Ju-

risten, darunter ein Richter, ein Unternehmensberater und Eisenbahner der TU, von Siemens und der DB hinter dem Anliegen versammelt, den beschränkten Bahnübergang zu erhalten - eine erstaunlich vielfältige Ansammlung von Menschen, die auch aus beruflichen Perspektiven kein Verständnis für die Verschwendung von Millionen öffentlicher Gelder für den Bau von überflüssigen Betontunneln haben. Daneben eine immer größere Zahl von Bürger*innen, die wütend sind, dass weder die Politikmehrheit noch die Profis aus der Stadtverwaltung ihnen erklären, warum eine derart einschneidende Maßnahme wie der massive Eingriff in die Landschaft an der Grünwaldstraße in „ihrem“ Wohngebiet angeblich stattfinden muss. Eine Veloroute von der Friedensallee bis zur Roonstraße? Diese „wichtigste“ Begründung empfinden alle als lächerlich. Jung und Alt im Übrigen. So hat auch die Schülervvertretung der IGS Franzisches Feld, die immerhin ungefähr 1000 Schüler*innen vertritt, sich gegen den Betontunnel ausgesprochen. Auf die Palme brachte die Zuschauer im AMTA auch das von der SPD benannte sogenannte „sachkundige Bürgermitglied“ Dr. W.. Weil die Bahn den Tunnel bezahlen müsste, bekäme man ihn jetzt sozusagen umsonst, argumentierte der. Viele Leute ohne Dokortitel haben das besser begriffen. Alles näm-

lich, was gebaut wird, stammt letztlich von ihrer Arbeit, von ihren Steuern, ob die nun vom Bund, von der Bahn, vom Land oder von den Stadt ausgegeben werden. Vielleicht könnten die Gegner des Tunnels auch noch mehr werden. Nicht so gern öffentlich artikuliert, habe ich latent immer mal wieder wahrgenommen: Sollen doch die Reichen aus dem Malerviertel sehen, wie sie mit dem Tunnel fertig werden. Das sind doch sowieso Privilegierte, wozu soll ich ausgerechnet deren Anliegen unterstützen? Vermutlich gibt es tatsächlich ein vergleichsweise hohes Durchschnittseinkommen unter den Bewohnern des Malerviertels. Aber die „Villen“ rings um die Dürerstraße machen erstens nur einen kleinen Teil des östlichen Ringgebiets aus, in dem es verbreitet Widerstand gegen den Tunnel gibt. Zum anderen hat sich die dortige Einwohnerstruktur deutlich gegenüber früher verändert. „Millionäre“ findet man da heute, wenn überhaupt, wenige. Und wer denkt, gegenüber Gutverdienern gäbe es eine Art ausgleichende Gerechtigkeit dadurch, dass ihre Grundstücke eine Abwertung durch einen Betontunnel an ihrer Grundstücksgrenze erfahren und auf diese Weise eine Art „gerechte“ Umverteilung stattfindet, der sollte sich überlegen, dass durch den Beton vor allem eine Abwertung wertvoller Landschaft entsteht und man als ungerecht empfundene Verteilung von Reichtum über Steuerpolitik bekämpfen muss, nicht durch klammheimliche Freude über den Schaden der „Reichen“. Ich bleibe nach allem, was ich im letzten Jahr intensiven Anhörens aller vorgebrachten Argumente kennen gelernt habe, ein Freund des bestehenden Ambientes Grünwaldstraße mit dem beschränkten Bahnübergang, weil die Planung des Betontunnels durch die Stadt weit über diese einzelne Maßnahme hinausweist. Es geht um einen Mechanismus, mit dem immer - und mittlerweile eben im Fall Grünwaldstraße sogar auch mit



Unterstützung der Grünen - bedauert wird, dass diese oder jene Bäume leider gefällt werden müssten, dieses oder jenes Stück Natur weichen müsse, weil der Fortschritt das erfordere. Ja, eine Situation, dass Bäume gelegentlich nach Abwägung aller Alternativen gefällt werden müssen, gibt es an anderer Stelle tatsächlich. Am Beispiel Grünwaldstraße sieht man aber, wie wohlfeil das Argument auch bei vorhandenen Alternativen der Verkehrsführung Verwendung findet. Und das ist verheerend. Alle wissen, dass wir in der Bundesrepublik und natürlich auch in Braunschweig unbedingt vor allem aus Klimaschutzgründen eine Verkehrswende brauchen. Alle wissen aber auch, dass wir dazu möglichst viele Menschen mitnehmen müssen. Eine Politik, in der alle anderen Bedürfnisse kein Gehör finden als die irgendwelcher Vorstände von Fahrradverbänden, erinnert fatal an die Zeiten, als der ADAC als Autolobby den „Fortschritt“ in der Verkehrspolitik quasi vorgeben konnte. Eine strukturelle Wiederholung dieser Zeiten schadet dem Anliegen einer Verkehrswende geradezu, auch wenn sie dieses Mal nicht Autos sondern Fahrrädern den Weg ebnen will, weil sie gar nicht erst versucht, viele Menschen mitzunehmen. So findet paradoxerweise an der Grünwaldstraße auch die Verkehrswende auf unverhoffte Weise Schranken.

Fredegar Henze



Bahnübergang Grünwaldstraße – Planungen gegen den Bürgerwillen

Da vergibt die Kommune Ende 2021 an den Zweckverband Großraum Braunschweig zunächst den Auftrag für eine Machbarkeitsstudie, die zwar alle möglichen Varianten der Über- oder Unterführung betrachtet, ohne jedoch die Umweltschutzelange zu berücksichtigen.

Komplett ausgeblendet wird dabei zudem die einfachste und schonendste Variante: Die Optimierung der Schranke und das Beibehalten eines niveaugleichen Bahnüberganges. Erst durch das braunschweiger forum in Kooperation mit dem BUND und der BIBS wird eine Bürgerbeteiligung organisiert, in dessen Verlauf eine intensive Öffentlichkeitsarbeit stattfindet. Daraufhin bittet die Kommune die Bürger*innen um eine schriftliche Stellungnahme. 437 Bürger*innen - immerhin 90% aller Beteiligten - plädieren Mitte 2023 für das Beibehalten der Schranken, sodass diese Variante

0+ in die politische Entscheidung einbezogen werden muss. Während der im September 2023 stattfindenden gemeinsamen Sitzung der Stadtbezirksräte 112 und 120, die immerhin 70.000 Einwohner*innen vertreten, entscheidet sich die Mehrheit für die Beibehaltung der Schranken. Die Politiker*innen haben in diesem Fall jedoch nur eine Beratungsfunktion, sodass dieses Votum keine Relevanz hat und im Ausschuss für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergabe ignoriert wird. Der Versuch der BIBS, dies Anliegen durch den Rat zu entscheiden, wurde abgelehnt. Am Ende favorisiert der AMTA die Variante 1, deren Bau eines Betontroges erhebliche Nachteile für die Biodiversität, die Länge der Bauzeit und auf die Kosten hat.

Ein daraufhin von drei Initiator*innen (Fredegar Henze, Heiderose Wanzelius und Michael Daecke) Ende 2023 eingeleitetes Bürgerbegehren, wird in

einer nicht öffentlich stattfindenden Sitzung des Verwaltungsausschusses als unzulässig mit dem Hinweis abgelehnt, da dieses angeblich mit einem Eingriff in ein Planfeststellungsverfahren verbunden sei. Begründet wird dies in Anbetracht eines Referenzurteils in Münster. Für die drei erscheint dies juristisch nicht haltbar, da das niedersächsische Landesrecht dazu eine andere Auffassung vertritt. Am Ende des Jahres 2023 legen sie beim Innenministerium eine Kommunalaufsichtsbeschwerde und reichen am 2. Januar 2024 eine Klage mit einstweiliger Anordnung ein. Egal, wie diese Verfahren enden werden, die Stadt muss sich fragen, wie sie die Bürger*innen weiterhin für ein stabiles Gemeinwesen gewinnen will? Als ein Verein für bürgernahe Stadtplanung hat sich das braunschweiger forum hier eingeklinkt und verstärkt engagiert

Michael Beck

... weiter von Seite 1

Bürgerbegehren

Klage vor dem Verwaltungsgericht ist abgeschmettert worden, sodass wir jetzt mit unserem Anliegen vor das Obergericht in Lüneburg ziehen. Erst wenn wir dort gewinnen sollten, ist der Weg für das Sammeln von 10.000 Unterschriften frei. Würde der Rat in seiner anschließenden Sitzung unser Begehren inhaltlich übernehmen, wäre ein Bürgerentscheid überflüssig. Folgt der Rat der Stadt Braunschweig nicht unserem Begehren, findet innerhalb von drei Monaten ein Bürgerentscheid statt, der ähnlich einer Wahl organisiert wird. Eine Mindestanzahl von

40.000 Braunschweiger*innen mit erstem Wohnsitz, wären abschließend nötig, die unser Anliegen für richtig halten. Man spricht von einem „Zustimmungsquorum“.

Heiderose Wanzelius



Telefonsprechstunde

Um weiterhin die gewohnte Nähe zu Braunschweiger Bürgerinnen und Bürgern sicherzustellen, bietet die BIBS-Fraktion wieder regelmäßig telefonisch Zeit für den Austausch von Meinungen, Ansichten und Informationen über die Stadt und stellt sich Fragen und Anregungen zu kommunalpolitischen Themen. Zusätzlich zu unseren Ratsfrauen Silke Arning und Sabine Bartsch sollen zukünftig einmal pro Monat auch die BIBS-Bezirksratsvertreter*innen dieses Angebot verstärken. Die Termine werden jeweils vorher auf der BIBS-Homepage und in der Braunschweiger Zeitung bekanntgegeben.

BS|Energy – voll auf dem Holzweg

Gemäß dem 2023 beschlossenen integrierten Klimaschutzkonzept 2.0 (IKSK 2.0) möchte Braunschweig bis 2030 klimaneutral werden, BS|ENERGY dagegen erst 2035. Durch den Ausverkauf städtischen Eigentums zur vorgeblichen Haushaltssanierung unter OB Hoffmann ist der Einfluss der Stadt auf den Hauptenergieerzeuger und einzigen Fernwärmelieferanten in BS zweitrangig geworden. Seinen Nachfolgern fehlte die Bereitschaft zur Korrektur. Damit bleibt es beim Abstieg von der Braunschweiger Versorgungs-AG mit 100% Anteil der Stadt hin zu „BS|ENERGY“ mit 25,1%.



29. November 2023

Ohne Mitwirkung von BS|Energy können die Klimaziele nicht erreicht werden

Besonders gravierend: Ohne wesentliche Mitwirkung dieses Unternehmens kann BS keine hochgesteckten Klimaziele erreichen. Die Zeithorizonte beider Akteure klaffen aber schon in der Planung um mindestens 5 Jahre auseinander.

Wenn es im IKSK heißt: Aus Sicht des Klimaschutzes gilt: Nur bei einer perspektivisch dekarbonisierten Fernwärme werden die gesamtstädtischen Klimaziele erreicht.“ (S. 103), ist das ein Appell an BS|ENERGY zum Mitmachen. Dabei gilt: Eine Dekarbonisierung der Fernwärme besitzt ein außerordentlich hohes Potential. Hier könnten bis zum Jahr 2030 bis zu 352.000 Tonnen THG (Treibhausgas)

eingespart werden. Die Maßnahme hat damit einen Anteil von 76 % an den bis 2030 insgesamt durch lokale Maßnahmen realisierbaren THG-Minderungen. (IKSK, S. 104). Leider gibt es bislang keine einzige öffentliche Erklärung von BS|ENERGY, man sei den Städtischen Klimazielen verpflichtet und wolle den erforderlichen Beitrag leisten, es heißt nur: „es sei ein zentrales Anliegen“.

Von der Kohle zum Holz – jetzt wird dekarbonisiert!?

Im Zusammenhang mit dem Klimaschutz bezeichnet der Begriff Dekarbonisierung das Ziel und auch Strategien dafür, Verfahren der Industrie und Wirtschaft so zu gestalten, dass sie möglichst keine fossilen Brennstoffe beanspruchen und kein CO₂ in die Atmosphäre freisetzen. (Zitat: Helmholtz-Klima) Dabei sieht sich BS|ENERGY als Teil der Lösung, indem Fernwärme und Strom künftig wesentlich durch Verbrennung von Altholz anstelle von Steinkohle erzeugt werden. Bei BS|ENERGY stehe die klimaneutrale Wärmeversorgung stark im Fokus. Mit der Verbrennung von Altholz als Grundlage der Wärmeerzeugung? Aufklärung kommt aus dem Umweltministerium: Heizen mit Holz ist entgegen der weit verbreiteten Meinung nicht klimaneutral. Die Holzverbrennung produziert neben Feinstaubemissionen auch CO₂ und andere klimarelevante Emissionen wie Methan. Pro produzierter Wärmeeinheit sind die CO₂-Emissionen sogar höher als bei fossilen Energieträgern wie Kohle oder Gas. Dem ist nichts hinzuzufügen, außer: weiß BS|ENERGY das auch?

Klimaneutrale Altholzverbrennung?

Holz als Rohstoff unterliegt vielfältigen Be- und Verarbeitungsschritten. Bei jedem Schritt wird CO₂ emittiert, was zur energetischen Verwertung addiert werden muss. Das beginnt mit dem Absägen und dem Abtransport, dem Zerteilen, der Herstellung von Balken und Brettern, der Verarbeitung

zu Möbeln und Spanplatten, Paletten und Verpackungen; deren Transport und Verwendung und am Ende der Zerkleinerung und dem Transport zum Kraftwerk. Konkretes Bsp.: Tägliche fahren 45 LKWs mit Holzschnitzeln von Lengede-Broistedt zum Kraftwerk in der Uferstr. und transportieren damit jährlich 180.000 Tonnen. CO₂-frei? Dagegen behauptet BS|ENERGY wider besserem Wissen: Bei der Verbrennung des Altholzes wird nicht mehr Treibhausgas freigesetzt als das Holz bei seinem Wachstum aufgenommen und gespeichert hat.

Nachhaltige Altholzverbrennung?

Das heute verbrannte Holz war vor 30 + X Jahren noch Baum und wächst nicht so schnell nach, wie es heute verbrannt wird. Da für gefällte und verbrannte Bäume wieder neue nachwachsen und Kohlenstoff binden, sei die Bilanz ausgeglichen, betonen die Kraftwerksbetreiber. Der Faktor Zeit wird dabei komplett übergangen. Bis wieder genügend Biomasse nachwächst, dauert es viele Jahrzehnte, in der Zwischenzeit entsteht durch die Verbrennung eine Kohlenstoffschuld. Ein Bericht des Forschungsrates der Europäischen Kommission weist darauf hin, dass EU-weit pro Jahr 350 Millionen Tonnen CO₂ ausgestoßen werden, die über Jahrzehnte oder gar Jahrhunderte in der Atmosphäre verbleiben.

Zukunftssichere Energieversorgung?

Ca. acht Millionen Tonnen Altholz fallen in Deutschland jährlich an. Davon kommt aber nur ein Viertel für eine Verbrennung in Frage, wenn damit Ernst gemacht wird, künftig nur die Verbrennung der Klassen III und IV zu erlauben.

Denn bei diesem (und allen anderen) nachwachsenden Rohstoff gibt es eine erhebliche Nutzungskonkurrenz. Verbrannt darf künftig nur noch werden, was stofflich nicht verwertet bzw. re-



cyclert werden kann (nicht wie bis heute II/III/IV !) Es gilt grundsätzlich:

Teller vor Trog vor Tank

Dies ist eine zentrale Botschaft der in

produkt für kontaminierte Holzabfälle, die sonst deponiert werden müssten. Altholz wird aufgrund von Nutzungskonflikten knapper und teurer. Ein

Altholz (insgesamt acht Millionen Tonnen pro Jahr im Inland) nach Kategorien und Anteilen in %

Kategorie	Beschreibung	Anteil (%)
A I	nur unerheblich verunreinigt	25
A II	verleimt und behandelt, ohne Kunststoffe oder Holzschutzmittel	49
A III	verleimt, mit Kunststoff, ohne Holzschutz	1
A IV	mit Holzschutz behandelt	25

Arbeit befindlichen nationalen Biomassestrategie NABIS. Dieses Vorhaben aus der Koalitionsvereinbarung liegt im Entwurf vor. Jetzt wird die Luft für BS-Energy allmählich dünn. Danach verblieben nur noch 2 Millionen Tonnen Altholz für alle Altholzkraftwerke, denn der Zugriffe auf Stufe A II war bisher nicht begrenzt. Ende 2024 wird in Hannover-Stöcken ein Kraftwerk in Betrieb gehen, das sogar 200.000 Tonnen Altholz jährlich verbrennen soll (ach ja, in Papenburg ist auch eins, 160.000). Es wird zum Rätsel, wie BS|ENERGY da noch das nötige Altholz, wie versichert, aus maximal 250 km Entfernung akquirieren will. Ausbau der Fernwärme bei einem knappen Markt? Wie geht das? Aber die Fernwärmekundschaft ist dem Monopolunternehmen ausgeliefert, koste es, was es wolle. Die Profite gehen dann an Veolia, die Konzernmutter in Paris.

Braunschweig – wer braucht diese BS|Energy?

Altholzverbrennung ist kein Wärmeträger mit Zukunft, sondern ein Nischen-

weiterer Ausbau, wie in BS angedacht, wäre damit völlig ausgeschlossen bzw. mit hohen Preisaufschlägen verbunden. Ohnehin hat BS-Energy keinen flächendeckenden Wärmeausbau vor, sondern lediglich die Abrundung bestehender Versorgungsgebiete. Die Stadtteile außerhalb des Rings bzw. von Neubaugebieten dürfen froh sein, wenn wenigstens die Elektroleitungen für ihre Wärmepumpen und Wallboxen ertüchtigt werden. Eben: „Die Strategiewahl ist Gegenstand der Geschäftsführung bei BS|ENERGY. Beeinflussbarkeit durch die Stadt; eher gering (IKSK, S. 103).

Das muss nicht so bleiben – wir sollten das ändern! Für unseren Geldbeutel, für ein auch zukünftig bewohnbares Braunschweig; für unser Klima! Mischen wir uns ein!

Konsequenz

Altholzverbrennung als tragende Wärmeerzeugung, wie es von BS|ENERGY als zukunftsfähig dargestellt wird, ist ein Holzweg ohne Zukunft! Schluss damit!
Edgar Vögel

Fremdstoffe im Trinkwasser? – geht gar nicht



Vielfältige Beschwerden über das neue Trinkwasser versuchte die Stadtverwaltung zum Rat am 9.4.24 zu beschwichtigen.

Seit 1. Februar 2024 wird Braunschweig auch aus einem Oker-Brunnen aus Börßum versorgt. Alle Grenzwerte seien überwacht und würden eingehalten. Was zu den „von einigen Kundinnen und Kunden wahrgenommenen Geruchs- und Geschmacksveränderungen geführt hat, lässt sich rückwirkend nicht eindeutig feststellen.“ und: „...die gemeldeten Auffälligkeiten (stunden) in direktem zeitlichen Zusammenhang mit einer kurzzeitigen Reparaturmaßnahme des Lieferanten Avacon Wasser des Wasserwerks Börßum und der Inbetriebnahme des Ersatzwasserwerkes Heiningen.“ (Ratsdrucksache 24-23417-01 v. 9.4.24).

Wie das, nun auch noch „Ersatzwasser“ aus einem weiteren Oker-Wasserbrunnen in Heiningen? Die Beimischung von Okerwasser aus

Börßum mag ja gut sein für's Geschäft von Avacon als Wasserlieferanten ... aber die zugesicherte Qualität kann gleich zum Start nicht eingehalten werden!

Hohe Bleiwerte?

Neben der Cadmium-Belastung fällt aber auch der neue Bleiwert im Trinkwasser auf.

Eine diesbezügliche Presseanfrage unserer Redaktion bei BS|ENERGY wurde bezüglich der Schwermetallwerte nicht beantwortet.

So enthielt das übersandte Datenblatt vom 11.04.24 wohl Angaben zum Härtegrad und einigen Mineralien, aber keinerlei Angaben zu den Schwermetallen Blei, Cadmium, Zink, Arsen,

Quecksilber und auch nicht zu Mangan. Da drängt sich aktuell die Frage auf: Warum wird nicht grundsätzlich nur Talsperrenwasser weiterhin genommen und nur bei akutem Wassermangel - und nur erst dann - auf die Brunnen-Ressourcen aus den Oker-Sedimenten zugegriffen?

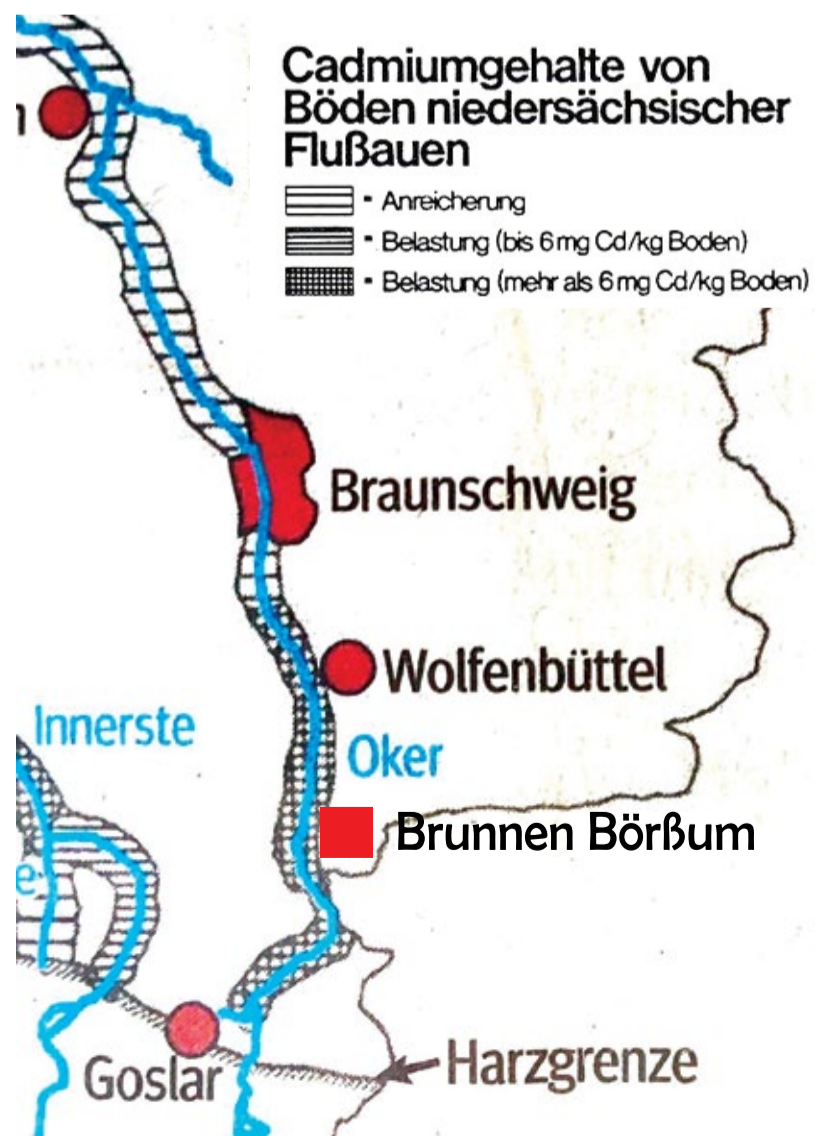
Es ist nicht einzusehen, dass gutes Talsperrenwasser - wie seit dem Hochwasser vor Weihnachten - Richtung Nordsee abgelassen und damit vergeudet wird. Von der ASSE-Problematik der verbundenen Urstromtäler (Oker, Ilse, Altenau) mal ganz abgesehen ...

Die zuständigen Behörden und die Politik sind gefordert, diesem Unsinn ein Ende zu bereiten. red

Die BZ (7.2.2024) hatte sich dazu auch noch einmal kundig gemacht:

- kein Problem, wäre die Menge der Anreicherungen (zulässige unterhalb der Grenzwerte)
- die Belastungen dagegen schon:
 - die angereicherte Kohlensäure sei über die Sprinkleranlage über kaskaden Fontänen zu säubern - sonst drohte die Korrosion der Wasserleitungen in den Häusern;
 - Mangan- und Eisenlasten würden durch Filterung in drei Kiesschichten (Kieskörnung jeweils feiner nacheinander) reduziert - denn mit zu hohen Mangan-Lasten schmecke

das Wasser einfach nicht ...; 3. danach sei das Sedimentwasser auch noch mit Clorgas zu reinigen zwecks Beseitigung von Keimen. Alle anderen Belastungen, so mit Nitraten aus der Landwirtschaft rund um Schladen und Cadmium sowie Quecksilber aus alter Bergbautätigkeit z.B. der Bleihütte in Goslar/Oker würden regelmäßig zwecks Einhaltung der Grenzwerte überwacht: so versicherte BS-Energy auf Anfrage von der BIBS-Zeitung „Unser-Braunschweig“, die Überschreitung der Grenzwerte würden mittels „hydrogeologische Gutachten“ an den Brunnen Halchter sowie Börssum/Heiningen überwacht.





Kommunalaufsicht zu Schulden

In der letzten Ausgabe unserer Zeitung berichteten wir über die immensen Schulden der Stadt, wenn die seit Privatisierung der Stadtentwässerung in privater (veolia) Regie gebauten Kanalsysteme zurückgekauft werden müssen. Bis zu 800 Mio.€ würden dann fällig, so die überschlüssigen Berechnungen des Fachamtes.

Woher das Geld für die Rückkaufwerte nehmen?

Gegenüber der Kommunalaufsicht rechtfertigte sich die Stadt am 18.10.2023 so, dass Banken sich verpflichtet hätten, diesbezüglich ein Angebot für eine langfristige Finanzierung des am Vertragsende der Bank noch geschuldeten Rückkaufwertes abzugeben. „Die Finanzierungskosten könnten aus heutiger Sicht aus dem Haushaltsplan der Sonderrechnung Stadtentwässerung und dem jährlichen Gebührenaufkommen getragen werden.“ Das heißt also: die hohe Schuldenlast möchte die Stadtverwaltung auf die **Gebührenzahler** abwälzen - Folge wäre: **drastische Erhöhung der Abwassergebühren zulasten der privaten Haushalte.**

Wieso aber das, wo doch alle Investitionen eh schon seit 2006 über „Konstitutive Schuldversprechen“ (Schuldscheine) der Stadt finanziert worden sind? Ja, das waren eben Investitionen der Stadt in das private Eigentum der privaten (veolia) Stadtentwässerung, statt in die öffentliche Stadtentwässerung (sog. Sonderrechnung). So auch schon angedeutet in der Mitteilung der

Verwaltung, (Drucksache 10195/14 vom 9.5.2014), wonach mit Öffentlich finanzierten Krediten also privates Eigentum erschaffen wurde!

Zauberwort: Forfaitierung ...

... heißt: *in Bausch und Bogen weggeben*. Die Finanzverwaltung beruft sich auf den Privatisierungsbeschluss Ende 2005, wo in der Tat die Finanzierungsmethode „Forfaitierung“ drinsteht und am 17.11.2005 (Vorlage 10176/05) vom Rat beschlossen wurde.

Es handele sich um **von der Stadt gewollte Investitionen in fremdes (also nicht-städtisches) Eigentum**. Im übrigen sei das ja auch der Grund, warum die dazu aufgenommenen Kredite nicht im Stadthaushalt unter Kredite ausgewiesen seien.

Ermächtigungs-Beschluss

Kein Mensch damals im Rat konnte wohl 2005 mit der (Zauber) Formel „Forfaitierung“ etwas anfangen. Trotzdem wurde Oberbürgermeister Dr. Hoffmann wortwörtlich im Ratsbeschluss „ermächtigt, **alle im Zusammenhang mit der Forfaitierung erforderlichen Erklärungen abzugeben**“. Erst im Nachhinein dämmerten einigen Ratsmitgliedern die schwerwiegenden Folgen.

Wie kann die Stadt die Schuldenflut in 11 Jahren - zwar nicht mehr ganz abwenden, aber zumindest begrenzen?

Das zuständige Fachamt hat diese Gefahr gesehen und im Jahr 2020 den Ratsbeschluss vom 14.07.2020 (Vorlage 20-13613) herbeigeführt, wonach

zumindest einige Kanalbauten direkt in städtischer Regie zu bauen seien; dann würden diese anstatt über den privaten (veolia)-Umweg, gleich ins städtische Vermögen gebucht werden.

Präzedenzfall Kanalbauten Stadtautobahn Südkreuz

Und genau so geschah es dann auch bei den Kanalbauten am Stadtautobahn-Südkreuz: diesen Neubau hat die Stadt in den letzten zwei Jahren in Eigenregie veranlasst, finanziert und in das Eigentum bilanziert - zumindest dafür muss später ab 2035 nichts zurückge-

kauft werden! **Ein Umsteuern, weg von der Forfaitierung zugunsten fremden Eigentums, ist zumindest für die restlichen Jahre bis 2035 möglich:**

Trotz eines entsprechenden Ratsbeschlusses aus 2020, in Zukunft so generell direkt in eigenes Eigentum Neubauten von städtischen Abwasserbauten zu finanzieren und später nicht rückkaufen zu müssen, setzte die Finanzverwaltung plötzlich mit fadenscheinigen Argumenten wieder aus - Begründung: Wie die Stadt Braunschweig in ihrer Stellungnahme vom

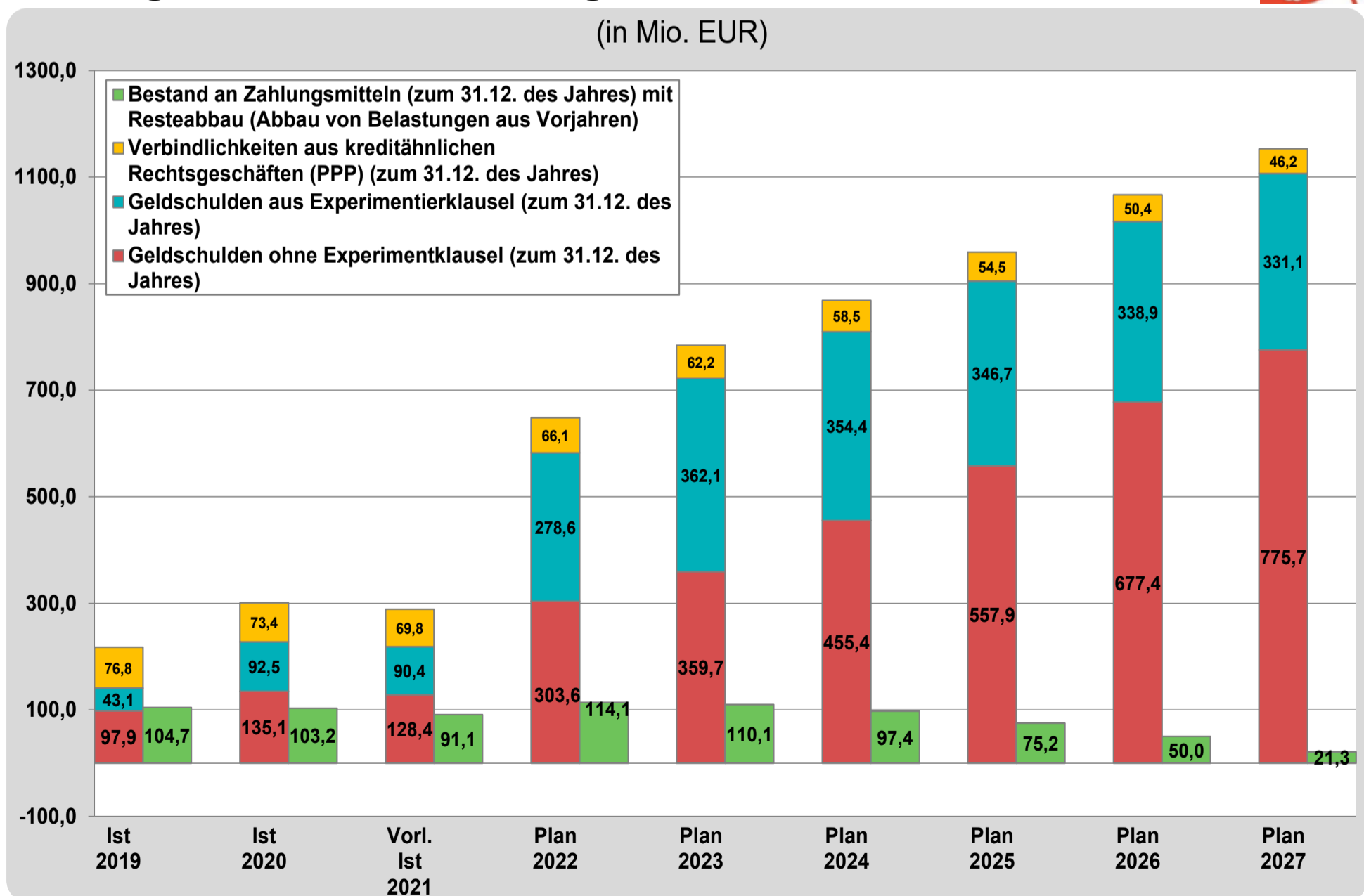
18.10.2023 gegenüber der Kommunalaufsicht ausführt, habe die Verwaltung das Vorhaben insbesondere nicht weiterverfolgt, da die wirtschaftliche Vorteilhaftigkeit nicht sicher gegeben sei und es zudem vergaberechtliche Bedenken gegeben habe. Zu vermuten ist, dass die Bedenken vor allem von den privaten Partnern (veolia & Co. gekommen sind, die sich den dicker risikolosen Happen nicht mehr wegschnappen lassen möchten. Nähere Erläuterungen bleibt die Verwaltung allerdings schuldig. P. R.



Entwicklung der Schulden - Geldschulden und Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften sowie Zahlungsmittelbestand



Sprung ins Jahr 2035 auf 2 Milliarden Euro



Grafik: Fachbereich Finanzen

Offizielle Schuldentabelle des Finanzdezernats, Stand Dezember 2022.

Aber Achtung! Dabei bislang völlig ausgeblendet sind:

erstens die erst Ende 2035 fälligen Rückkaufwerte der Abwasserverschuldungen (gemäß Schuldscheinen auf der Vorderseite dieser Beilage), bis zu 800 Millionen Euro, die erstmals in 12 Jahren (wegen der Stichtagsregel bei

den Schuldscheinen), dann aber mit voller Wucht aufscheinen. Zweitens auch bislang ausgeklammert wurden die kreditähnlichen Schuldverpflichtungen aus Mietverträgen zu den Businesscenter I und III (BRAWO) über 30 Jahre lang zu 1,5 Millionen Euro pro Jahr. Das sind dann ab 2025 nochmals rund 45-50 Millionen Euro Schulden, jährlich abschmelzend zu tilgen bis ins Jahr 2054.

Impressum: Herausg.: Bürgerinitiative Braunschweig (BIBS), redaktion@buergerinitiativen-braunschweig.de, ViSDP: Werner Barnstorff, Pregelstraße 8, 38120 Braunschweig, Redaktion: Edmund Schultz, Peter Rosenbaum, Druckerei: Druckzentrum Braunschweig GmbH, Christian-Pommer-Straße 45, 38112 BS